

Übungsaufgaben Recht → Teil 2

Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes

KAPITEL

2

2.1 Rechte und Pflichten des Betriebsrats aus dem Betriebsverfassungsgesetz

Das Betriebsverfassungsrecht regelt die **Errichtung von Betriebsräten, ihre Rechtsstellung und die Rechte des Betriebsrats im Betrieb**. Es hat die Mitwirkungsrechte des Betriebsrats unterschiedlich gestaltet. Sie reichen vom Informationsrecht bis hin zu Mitbestimmungsrechten.

Übung 72 *mdl*

Vervollständigen Sie folgenden Lückentext mit den angegebenen Begriffen (Wörter in Grundform, ggf. anpassen).

■ 2 Abs. 1 ■ Arbeitgebervereinigung ■ Betrieb ■ Betriebsrat ■ Gewerkschaft ■ Tarifvertrag

Arbeitgeber und _____ arbeiten unter Beachtung der geltenden _____ vertrauensvoll und im Zusammenwirken mit den im Betrieb vertretenen _____ und _____ zum Wohl der Arbeitnehmer und des _____ zusammen, § _____ BetrVG.

Übung 73 *mdl*

Worin liegt der Unterschied zwischen der Mitwirkung des Betriebsrats nach dem BetrVG und der Unternehmensmitbestimmung?

Übung 74 *mdl*

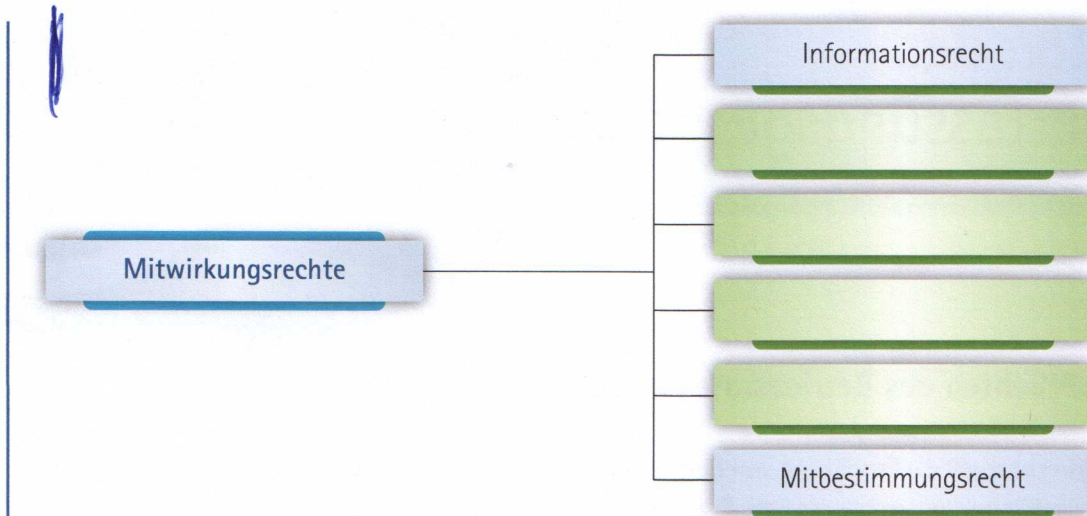
- Auf welche Betriebe findet das BetrVG keine Anwendung?
- Welche Beschäftigten sind von der Anwendung des BetrVG ausgenommen?

Übung 75 *mdl*

Der Betriebsrat hat verschiedene **Mitwirkungsrechte**, die nach der Intensität der Mitwirkung gegliedert werden. Als schwächste Form der Mitwirkung kennt das BetrVG das Informationsrecht. Die stärkste Form der Mitwirkungsrechte sind die Mitbestimmungsrechte.

Tragen Sie in der Grafik auf der folgenden Seite die fehlenden Mitwirkungsrechte ein.

ÜBUNGEN



Übung 76 X

Die Steinweg GmbH möchte in ihrem Unternehmen folgende Maßnahmen durchführen.

Geben Sie an, wie der Betriebsrat jeweils zu beteiligen ist. Nennen Sie jeweils auch die gesetzliche Grundlage.

- Es soll eine neue Betriebsordnung eingeführt werden.
- Weil die Mitarbeiter ihre privaten und vertrauten Smartphones auch zu betrieblichen Aufgaben verwenden wollen, verlangt die Steinweg GmbH, dass die Mitarbeiter ihre (mobilen) Endgeräte mit ITK-Geräten des Arbeitgebers synchronisieren müssen (z. B. bei Smartphones, die die E-Mails vom Server abrufen).
- Die Steinweg GmbH will ein neues Verwaltungsgebäude errichten.
- Der Arbeitgeber plant innerbetriebliche Seminare zur Weiterbildung der Arbeitnehmer.
- Die Steinweg GmbH will einen umfangreichen Personalfragebogen für neue Mitarbeiter einführen.
- Dem Mitarbeiter Lang soll gekündigt werden.
- Die Steinweg GmbH will einen Verhaltenskodex (code of business conduct) einführen.
- Die Kantine soll auch vegetarisches Essen ausgeben.
- Nehmen Sie an, der Wunsch nach vegetarischem Essen geht nicht vom Arbeitgeber, sondern vom Betriebsrat aus. Der Geschäftsführer der Steinweg GmbH ist strikt gegen diese Neuerung.

Kann der Betriebsrat von sich aus das vegetarische Essen fordern? Wie müsste dieser Konflikt gelöst werden, wenn sich die Parteien nicht einigen können?

Übung 77 mdl. X

Die Bülow GmbH beschäftigt 100 Mitarbeiter. Es gibt eine schriftliche Vereinbarung mit dem Betriebsrat, wonach für die Position des Schichtführers in der Produktionsabteilung nur geprüfte Industriemeister eingesetzt werden dürfen. Trotz dieser Richtlinie entscheidet sich die Bülow GmbH, den neuen Mitarbeiter Müller einzustellen, der die Qualifikation „Geprüfter Industriemeister“ nicht hat.

a) Um welche Art von Vereinbarung handelt es sich hier? Nennen Sie auch die Rechtsnorm.

b) Muss der Betriebsrat die Neueinstellung hinnehmen? Kreuzen Sie die richtigen Antworten an.

- ☐ Der Arbeitgeber kann wegen der Vertragsfreiheit selbst entscheiden, wen er einstellen will.
- ☐ Der Betriebsrat hat nach § 99 Abs. 2 Nr. 2 BetrVG ein Zustimmungsverweigerungsrecht. Das Unternehmen beschäftigt mehr als 20 Arbeitnehmer und die Einstellung verstößt gegen die Auswahlrichtlinie, weil Müller kein Industriemeister ist.



- ☐ Der Betriebsrat kann grundsätzlich eine personelle Einzelmaßnahme ablehnen.
- ☐ Die Verweigerung muss der Betriebsrat innerhalb einer Woche nach der Unterrichtung durch den Arbeitgeber schriftlich mitteilen. Versäumt der Betriebsrat diese Frist, so gilt die Zustimmung als erteilt.
- c) Die Bülow GmbH will trotz der Differenzen mit dem Betriebsrat Herrn Müller sofort einstellen, weil sie dies aus sachlichen Gründen für dringend erforderlich hält.
Wie muss die Bülow GmbH vorgehen? Geben Sie die entsprechenden Rechtsnormen an.

2.2 Aufgaben und Stellung des Betriebsrats und das Wahlverfahren

Der Betriebsrat ist der gesetzliche Interessenvertreter der Belegschaft und übt ein freies Mandat aus. Er ist nicht an die Weisungen der Belegschaft gebunden und auch kein Gewerkschaftsorgan. Die Betriebsratstätigkeit ist als Ehrenamt ausgestaltet, das unentgeltlich ausgeführt wird, um auch gegenüber dem Arbeitgeber unabhängig zu sein. Ein Arbeitnehmer darf wegen seiner Betriebsratstätigkeit keine besondere Vergütung bekommen, aber auch keine finanziellen Nachteile erleiden.

Übung 78

Bei der Mühlhan GmbH gibt es bislang keinen Betriebsrat. Zu den Beschäftigten zählen:

- Herr Mühlhan, Geschäftsführer seit 2003
- Frau Mühlhan, seit 2009 angestellt und Ehefrau des Geschäftsführers
- Herr Adam, Prokurist seit 2011
- acht volljährige Auszubildende im dritten Ausbildungsjahr
- drei Auszubildende (17 Jahre alt und im zweiten Ausbildungsjahr)
- 174 Facharbeiter und Angestellte, alle seit vier bis zwölf Jahren beschäftigt
- drei Ingenieure, seit drei Jahren beschäftigt
- 15 Leiharbeiter, die seit acht Monaten eingesetzt werden
- Leiharbeiter Lessing, dessen Einsatz auf zwei Monate beschränkt ist

Die Mühlhan GmbH setzt seit Jahren auf 16 Arbeitsplätzen regelmäßig Leiharbeiter ein.

Die Beschäftigten möchten nun einen Betriebsrat wählen.

- a) Welche Beschäftigten können den Betriebsrat wählen bzw. nicht wählen?
- b) Welche Beschäftigten können gewählt werden?
- c) Welche Größe hat der Betriebsrat?

Übung 79

Bei der Steinweg GmbH existiert ein Betriebsrat aus 15 Mitgliedern. Der Betriebsrat ist mit mehreren seiner Mitglieder im Gesamtbetriebsrat und im Wirtschaftsausschuss der Steinweg GmbH vertreten. Der Betriebsrat verfügt im Betriebsratsbüro über zwei miteinander vernetzte PC-Arbeitsplätze, die von der Steinweg GmbH im Jahr 2001 eingerichtet wurden. Über eine Bürokraft verfügt der Betriebsrat bisher noch nicht, möchte aber eine Vollzeitkraft auf Kosten der GmbH einstellen. Der Betriebsrat meint, es sei ansonsten eine Erledigung der Büroarbeiten nicht mehr möglich.

- a) Kreuzen Sie an, wie viele der Betriebsräte freizustellen sind.
☐ kein Betriebsrat ☐ ein Betriebsrat ☐ drei Betriebsräte ☐ fünf Betriebsräte
- b) Wer bestimmt, welche Betriebsratsmitglieder durch den Arbeitgeber freigestellt werden?
- c) Hat der Betriebsrat Anspruch auf die Bürokraft? Begründen Sie Ihre Aussage.

ÜBUNGEN

Übung 80 *mdl.*

- Was ist eine Betriebsvereinbarung und wo ist sie geregelt?
- Gibt es bei Abschluss der Betriebsvereinbarung eine Form zu beachten?
- Für wen gilt die Betriebsvereinbarung?

Übung 81 *X*

Die Bülow GmbH plant, Teile der Produktion nach Osteuropa auszulagern. Sie macht den Vorschlag, im Rahmen eines Bündnisses für Arbeit folgende Betriebsvereinbarung abzuschließen:

Die Bülow GmbH sieht von der geplanten Auslagerung und von betriebsbedingten Kündigungen in den nächsten fünf Jahren ab, wenn die Belegschaft im Gegenzug auf die tarifvertraglich festgelegte Lohnerhöhung verzichtet. Zusätzlich solle die Belegschaft zukünftig 40 Stunden in der Woche arbeiten statt der tariflichen 38 Stunden pro Woche.

- Betriebs- und Gewerkschaftsmitglied Fuchs hält diese Regelung für unzulässig. Welche Bedenken wird er haben?
- Wie ändert sich die Beurteilung, wenn der gültige Tarifvertrag eine „Öffnungsklausel“ (§ 77 Abs. 3 Satz 2 BetrVG) enthält?

Übung 82 *X*

In der Bülow GmbH gibt es wegen einer tariflichen Öffnungsklausel eine gültige Betriebsvereinbarung. Der Arbeitnehmer Jung legt keinen Wert auf den in der Betriebsvereinbarung geregelten Erholungsurlaub von 30 Arbeitstagen. Es wird im Arbeitsvertrag vereinbart, dass Herr Jung eine Vergütung von 3.000 € statt 2.500 € pro Monat erhält und dafür lediglich 24 Arbeitstage Urlaub nehmen soll. Als die Urlaubszeit naht, besteht Herr Jung, der laufend das vereinbarte Gehalt erhalten hatte, auf der Gewährung von 30 Arbeitstagen Urlaub, weil dies so in der Betriebsvereinbarung geregelt sei. Sein Chef meint dagegen, er müsse sich an die Vereinbarung im Arbeitsvertrag halten.

Wer hat recht? Begründen Sie Ihre Antwort.

2.3 Grundlagen der Arbeitsgerichtsbarkeit

Falls es zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern oder zwischen Tarifvertragsparteien zu Streitigkeiten kommt, müssen diese in einem rechtsstaatlichen Verfahren geklärt werden.

Übung 83 *mdl.*

Die Roth GmbH kündigt ihrem langjährigen Mitarbeiter Max ordentlich. Die Kündigung geht ihm am 30.10. zu. Herr Max will sich gegen die Kündigung gerichtlich wehren.

- Kreuzen Sie an, welches Gericht für seine Klage zuständig ist.

- ☐ Amtsgericht am Wohnsitz des Arbeitgebers bzw. am Ort, an welchem eine GmbH oder AG ihren Sitz hat
- ☐ Arbeitsgericht am Wohnsitz des Arbeitgebers bzw. am Ort, an welchem eine GmbH oder AG ihren Sitz hat
- ☐ Sozialgericht

- Muss er Fristen einhalten? Wenn ja, welche?
- Was geschieht im Gütetermin? Wie ist das Gericht besetzt?
- Wann kommt es zum Kammertermin? Wie ist das Gericht besetzt?
- Wie sieht das Kostenrisiko aus, wenn Herr Max den Prozess verliert?
- Welches Gericht wäre für die Berufung zuständig?



2.4 Grundzüge der Sozialgerichtsbarkeit

Analog zur Arbeitsgerichtsbarkeit regelt die Sozialgerichtsbarkeit die Zuständigkeit und den Verfahrensablauf vor den Sozialgerichten.

Übung 84 *mdl.*

Der Arbeitnehmer Reuter begehrt die Feststellung seiner Schwerbehinderteneigenschaft zu 50% GdB (Grad der Behinderung). Das zuständige Versorgungsamt hat aber nur 30% GdB anerkannt, wogegen Herr Reuter Widerspruch erhoben hat. Das Versorgungsamt lehnt den Widerspruch ab und bleibt bei einem GdB von 30%. Dagegen will Herr Reuter klagen.

- a) *Welches Gericht ist zuständig?*
- b) *Gibt es für Herrn Reuter ein finanzielles Risiko, wenn er den Prozess verliert?*